

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

38 (23.1.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitausträchtige Verteilung von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen

Eigentum und Verlag von

Carl B. Biedermann
Chefredakteur: Albert Dörger
Verantwortlich für den Inhalt: Albert Dörger
Redaktion: Albert Dörger
Verlag: Carl B. Biedermann

Die Badische Presse, Kolonialstraße 30 W. in Karlsruhe.
Die Badische Presse, Kolonialstraße 30 W. in Karlsruhe.
Die Badische Presse, Kolonialstraße 30 W. in Karlsruhe.

Bezugspreise:

Abgabe A ohne „Mittl. Weltliche“	1.22	1.42
Abgabe B mit „Mittl. Weltliche“	1.35	1.55
In Karlsruhe: monatlich		
Im Voraus	1.22	1.42
Im Nachhinein	1.35	1.55
Abgabe C: halbjährlich	1.22	1.42
Abgabe D: vierteljährlich	1.40	1.67
Abgabe E: monatlich	10	10

Verlag: Carl B. Biedermann
Kolonialstraße 30 W. in Karlsruhe.
Telefon: Nr. 859.

Nr. 38. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 23. Januar 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

Ueber die neuen Kriegsteuern.

Von Rechtsanwalt Dr. Max Homburger, Karlsruhe.

I.

Das Reichshauptamt veröffentlicht die Entwürfe zweier Gesetze über neue Steuern. Diese Entwürfe erhalten erst Gesetzeskraft, wenn sie durch die gesetzgebenden Faktoren angenommen sind. Die Veröffentlichung der Entwürfe vor ihrer Einreichung an die gesetzgebenden Organe soll eine kritische Diskussion durch die beteiligten Kreise ermöglichen. Bei den schwerwiegenden Eingriffen in die Einzelwirtschaften, die die Annahme und Durchführung dieser Vorlagen herbeiführen wird, will das Reichshauptamt offenbar Gelegenheit geben, auf etwa zu befüchtende ungünstige Folgen hinzuweisen, die für die Wirtschaftskraft eintreten können. Um das dem Reichshauptamt vorzulegende Ziel zu erreichen, ist erforderlich, daß alle wirtschaftlichen Interessenten sich zu den Vorlagen Stellung nehmen und durch ihre Zentralorgane Bedenken und Wünsche der Reichsbehörden zu eigen. Die sorgfältige Erörterung der Kriegsteuern in jeder Form steht im Programm aller politischen Parteien. Sie ist zweifellos für die Regelung der Reichsfinanzen notwendig und entspricht dem Gefühl und Willen der überwiegenden Volksmehrheit. Deshalb wird man annehmen müssen, daß diese Entwürfe im Großen Ganzen Gesetz werden. Nur muß darauf geachtet werden, daß nicht durch den Einzug dieser Kapitalien Störungen und Störungen im Wirtschaftsleben entstehen.

Wenn auch große Teile der Kriegsgewinne in Rentenpapieren, Aktien und beweglichen Sachen aller Art angesetzt sind, so wurden doch beträchtliche Beträge in Betrieben, Geschäften und Werken investiert. Mit diesem Geld haben die Unternehmungen geschäftliche Anfassungen aller Art gemacht, die sie heute nicht oder nur mit größten Verlusten veräußern könnten. Ein zu plötzliches Einziehen könnte verhängnisvoll werden.

Neben einer ungelunden Schwächung der Betriebe selbst ist eine nachteilige Folge für den Arbeitsmarkt zu befürchten, wenn dadurch Arbeiter arbeitslos würden. Es soll nicht einer fälschlichen Angelegenheit das Wort geredet werden. Jeder muß gleichmäßig erlitten werden, der im Krieg sein Vermögen vergrößert hat. Aber wenn das gesamtwirtschaftliche Interesse, Ausnahmen für die Art der Ersetzung verlangt, (wie bei Anlagen in friedenswichtigen Betrieben) — so muß darauf Rücksicht genommen werden. Das Reich könnte etwa in solchen Fällen vom sofortigen Einzug des Kapitals absehen. Der Steuerpflichtige müßte dann dem Reich die aus der Kapitalanlage für ihn verbleibende Rente und dazu Amortisationsquoten bezahlen. Die weitere Ausgestaltung solcher Gedanken kann hier nicht erörtert werden.

Vor allem werden die einzelnen Bundesstaaten bei Aufstellung ihrer Budgets mit völlig veränderten Faktoren rechnen müssen. Eigentlich stehen die Steuern aus Einnahmen und Vermögen nach der Reichsverfassung ausschließlich ihnen zu, während das Reich als solches auf die indirekten Steuern, Zölle und Stempelabgaben, sowie die Erbschaftsteuer angewiesen war. Tatsächlich ist dieses Verfassungsprinzip schon durchbrochen worden. Mit der Annahme des Gesetzes über den einmaligen Wehrbeitrag wurde die erste Brücke gelegt, aber es sollte sich damals nur um einen einmaligen Eingriff handeln. Durch die Annahme des Gesetzes über die periodisch wiederkehrende Einkommensteuer 1918, durch die Gesetze über die Kriegsteuern 1916 und die einmalige Vermögensabgabe von 1917 und 1918 aber wurde der einmalige Eingriff zum dauernden Wirkenden.

Jetzt soll der Vermögenszuwachs, der aus den Kriegsjahren stammt, fast vollständig in die Reichskasse fließen. Da jede außergewöhnliche Zeit und jeder Vorstand der Art, wie ihn das Reich jetzt durchlebt, mit früheren Einrichtungen zu brechen berechtigt ist, wird sich dagegen nichts einwenden lassen, wenn die bisherige Abgrenzung der Steueromeizen zwischen Reich und Bundesstaaten geändert wird.

Die Bundesstaaten werden die Folge dieser geänderten Steuergrundlagen empfindlich fühlen: Der Geldbedarf der Einzelstaaten ist im Krieg erheblich gestiegen. Die regulären Einnahmequellen außer Steuern bringen nicht mehr — oft weniger — auf, als im Frieden. Gerade durch den im Krieg eingetretenen Vermögenszuwachs bei vielen Steuerpflichtigen war die Vermögens- und Einkommenssteuer besonders ergiebig geworden. Durch den Einzug dieses Vermögenszuwachses für das Reich verringert sich die Ergiebigkeit der Steuerquellen, deren Ertrag für die Bundesstaaten von großer Bedeutung war.

Das Gleiche gilt für die Gemeinden, deren Einkünfte aus Anlagen, denen der Einzelstaaten aus direkten Steuern entsprechen. Zur Klarstellung der nach den Entwürfen projektierten Steuerpläne ist folgendes zu bemerken:

1. Besteuerung des Mehreinkommens im Krieg gegenüber dem Einkommen im Frieden entsprechend dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe vom 26. Juli 1918.
2. Besteuerung des Vermögens. Die Rückzahl auf dessen Herkunft und Erwerb in Höhe von 1-5 vom Tausend, wie sie das erwähnte Gesetz vom 26. Juli 1918 auch bereits brachte.
3. Eine Steuer auf den im Krieg entstandenen Vermögenszuwachs, der Steuerhöhe von 10-100 Proz. vorliegt.
4. Eine allgemeine einmalige Vermögensabgabe. Falls diese (wie auch im Entwurf noch nicht veröffentlicht ist) Gesetz werden sollte, fällt die unter 2. erwähnte allgemeine Vermögenssteuer weg. Abgabepflichtig ist nur der den Betrag von M. 3000.— übersteigende Teil des Mehreinkommens oder des Vermögenszuwachses.

II.

Wieso ein Vermögen im Krieg entstand oder sich vergrößerte, ist nach dem Entwurf gleichgültig. Nur Erbschaften, gewisse Renten, Versicherungsansprüche, Ausstattungen und Erwerb ähnlicher Art sind nach dem bisherigen Gesetz steuerfrei. Der Grund ist der, daß dieser Zuwachs aus einem fremden Vermögensstamm herrührt. Ob aber das Vermögen durch eigentliche „Kriegsgewinne“ irgend welcher Art entstand oder zunahm, oder etwa durch Sparliches Zurücklegen von Zinsen eines schon vor dem 31. Dezember 1913 vorhanden gemeinsamen Vermögensstammes, ist nach dem Entwurf ohne Bedeutung. Die grundlegende Idee für diese Behandlung ist zweifellos die gleiche, die im Kriegsteuergesetz von 1916 zur Veranschaulichung führt, die auch aus dem Entwurf zu entnehmen ist, die im Krieg nicht mehr als 10 Proz. abgenommen haben. Die offizielle Einführung zum Entwurf durch den Entwurf nicht getroffen werden. Die bleiben vielmehr der allgemeinen Vermögensabgabe vorbehalten.

Der Steuerpflichtige kann Verzeihen verlangen, wenn das Vermögensvermögen infolge eines Rechtsstreites festgestellt ist, auch wenn die Feststellung schon rechtskräftig ist.

Der Begriff Rechtsstreitum ist dem bürgerlichen Recht entnommen. Er steht im Gegensatz zum Streitum tatsächlicher Natur. Gerade Irrtümer letzter Art kommen aber öfters vor und es müßte deshalb die neue Feststellung wegen jedes Irrtums erfolgen können. (Fortsetzung folgt.)

Forderungen der Auslandsdeutschen.

WTB. Stuttgart, 23. Jan. Eine vom Deutschen Auslandsinstitut geführte einberufene Versammlung der Auslandsdeutschen wurde zu einer mächtigen Kundgebung des Auslandsdeutstums und zu einem Bekenntnis für Reich und Volk. Es sprachen Unterstaatssekretär Stähler, Konrad Haumann, sowie Vertreter der Auslandsdeutschen aller Welt. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, die der Reichsregierung übermittleit werden soll und lautet:

„Die vom Deutschen Auslandsinstitut einberufene, von über 1000 Personen besuchte Versammlung der Auslandsdeutschen aus Stuttgart und dem Schwabenlande verlangt auf Gegenseitigkeit beruhende Wiederherstellung der Rechte der Ausländer in allen Staaten in bezug auf persönliche Sicherheit, freien Verkehr, Recht und wirtschaftliche Entfaltung. Wenn eine Schadloshaltung für verlorenen Besitz durch unsere Gegner von heute nicht zu erreichen ist, oder wenn die Feinde wider Erwarten und Recht das deutsche Eigentum in ihren Ländern als Hauptpfand für Kriegenschadigung behalten sollten, so muß das Reich es nicht nur als Ehrensache, sondern als Rechtspflicht betrachten, Ersatz dafür zu leisten. Die Veranlassung müßte ein wahrer Frieden der Gerechtigkeit sein.“

„Sie erwartet vom Deutschen Reich vermehrtes Interesse in der Zukunft für das Auslandsdeutstum, das sich kundtut in besseren diplomatischen und konsularischen Vertretungen unter Hinzuziehung von gewählten Vertretern der ortsansässigen Deutschen, Erzielung des Reichsorganisationsrechts an die Auslandsdeutschen, Vertretung der Auslandsdeutschen bei der Friedenskonferenz durch Beiräte. Durch die deutsche Delegation für die Millionen Stammesmitglieder in aller Welt fordern wir das Selbstbestimmungsrecht nach Wilsons Grundgedanken. Die Deutschstämme müssen das Recht haben, sich nach freier Wahl dem Reich anzuschließen, die Elfen nach eigenem Ermessen ihre Staatsbürgerschaft bestimmen zu können; die Deutschen im Baltikum, in Polen, in Rußland und der Ukraine, in Ungarn, Palästina und sonst überall in der Welt, wo Deutsche geschlossen zusammenwohnen, brauchen politische Gleichberechtigung und Schutz ihrer politischen Rechte gegen nationalistische Uebeltriebe mit dem kulturellen Recht der Selbstbestimmung in Sprache, Kirche, Schule, Presse.“

Zwischen Waffenstillstand und Frieden

Die Organisation des Völkerbundes.

WTB. Paris, 23. Jan. Leon Bourgeois hatte am Dienstag eine mehr als einstündige Besprechung mit Wilson über den Völkerbund.

Das russische Problem vor der Friedenskonferenz.

WTB. Paris, 22. Jan. (Neuter.) Trotzdem das russische Problem zur Zeit die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz in Anspruch nimmt, tritt die Frage der Organisation des Völkerbundes in ihrer ganzen Größe aus dem Hintergrund heraus. Man ist sich vollständig darüber klar, daß der Kinesenweg unwichtigste Teil des Völkerbundes der ist, der das Arbeiterproblem behandelt. Auf dieser Seite ist Barnes sehr eifrig mit dieser Frage beschäftigt. Die Vorschläge von Barnes werden, nachdem sie durch die britischen Delegierten behandelt sind, dem Sekretariat der Konferenz übergeben werden, um zur Konferenz zu kommen wenn das Arbeiterproblem in Wäbe auf der Konferenz zur Behandlung steht. Bisher ist nicht bekannt, welchen Wert die internationale Arbeiterkonferenz in der Schweiz diesbezüglich hat. Wie verlautet hatte die britische Regierung nichts gegen diese Konferenz, die eine nützliche beratende Eigenschaft haben könnte, einzumenden.

WTB. Paris, 21. Jan. (Neuter.) Trotz aller antizipierten Beratungen, daß der Rat der Großmächte konkrete Vorschläge für Rußland formulieren, empfinden die Delegierten, daß gegen die gefährliche Lage kein sicheres Heilmittel besteht und daß es wünschenswert ist, in den Vorklären mehrere Möglichkeiten für eine Aktion festzusetzen. Weder Casson noch die Sowjetvertreter werden als Vertreter der russischen Angelegenheiten nach Paris kommen.

Ueber die innere Lage Rußlands wird aber eine Unterzuchung angestellt werden. Diese Entscheidungen wurden hauptsächlich wegen in bestimmten Kreisen vorherrschender Abneigung, mit den Bolschewiken direkt zu verhandeln, getroffen. Scavenius hatte auf den Beschlüssen der Sowjetvertreter nicht einzulassen, hergeh zu kommen, starken Einfluß. Er verweist auf einen Artikel, der von einem Hauptmitglied der Sowjets geschrieben war und in welchem stand, daß Wilson und Lloyd George zu reaktionär seien, als daß die Sowjet mit ihnen verhandeln könnten. Er gab auch genaue Daten über die bolschewistischen Streitkräfte und legte dar, daß sie nicht über 90 000 bewaffnete Mannschaften betrügen und daß die übrigen unbewaffnet seien.

Die Schweizer Forderungen in Paris.

WTB. Bern, 23. Jan. Der Berner Korrespondent des Demokrat meldet: Die Pariser Reise Nores gilt in erster Linie der Rheinischschweizer, der Revision des Gotthardvertrages und der Behebung gewisser Schwierigkeiten an der schweizerischen Nordgrenze. Der Kanton Schaffhausen müsse entsprechend dem Wunsch seiner Bevölkerung des Charakters als Enclave entkleidet werden und die badischen Grenzstriche der Kantone Basel und Schaffhausen nationalisiert werden. Als vierte Forderung wird Schadenersatz für die deutschseits von der Schweiz geforderten hohen Kohlenpreise verlangt.

Seheereien gegen das deutsche Eisenbahnpersonal.

WTB. Bern, 23. Jan. Eine Meldung des „Lyoner Progress“ aus Orleans scheint zu beweisen, daß das deutsche Eisenbahnpersonal Gegenstand heftiger Angriffe gewesen ist. Der Platzkommandant von Orleans veröffentlichte eine Note, daß die interalliierte Waffenstillstandskommission von der deutschen Regierung die Entsendung von Mechanikern nach Frankreich gefordert habe, um die deutschen Lokomotiven zu

führen und so die Transportwierigkeiten zu beheben. Die Beamten seien, worauf die Bekanntmachung ausdrücklich hinweist, gemäß den Waffenstillstandsbedingungen ermächtigt, in Uniform sich frei in der Stadt zu bewegen.

Die Verteilung der deutschen Unterseeboote.

WTB. Bern, 23. Jan. Der „Matin“ weist darauf hin, daß das eine der deutschen Ueberseeboote Endern-Amerika, das nach der Kriegserklärung von den Engländern durchsucht worden sei, von England übernommen wurde und verlangt dementsprechend, daß das andere Raubel im Friedensvertrage Frankreich zugesichert werde.

Mercier.

WTB. Haag, 22. Jan. Nach einer Meldung von Holland Neume-Büro aus Brüssel soll Kardinal Mercier zum belgischen Delegierten auf der Friedenskonferenz ernannt werden.

Diaz nach Paris abgereist.

WTB. Bern, 23. Jan. „Corriere della Sera“ meldet, daß der italienische Höchstkommandierende General Diaz mit seinem Stabe nach Paris abgereist ist.

Amerika beschlagnahmt deutsches Eigentum.

WTB. Bern, 22. Jan. Nach einer Washingtoner Meldung wird der Verwahrer fremden Eigentums Palmer auf dem Kongress beantragen, das deutsche Eigentum im Gesamtwerte von 2 Milliarden Dollars zur Deckung der amerikanischen Schadenersatzansprüche gegen Deutschland infolge der Beschlagnahme amerikanischen Eigentums zu verwenden.

Der Hezer Gerard.

WTB. Newyork, 22. Jan. (Havas.) In einem Vortrag im Institut der Künste in Brooklyn erklärte der frühere Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Deutschland, Gerard, Deutschland müsse erzwungen werden, die Schäden, die es verursacht habe, bis zum letzten Heller zu bezahlen. Er habe keinen zureichenden Vorwand für die Invaliden in Belgien gehabt. Am 10. 8. 14 habe Wilhelm II. Gerard erklärt, daß man aus strategischen Gründen in Belgien einmarschieren müßte. Er glaube jedoch nicht, daß Deutschland in der Lage sei eine so beträchtliche Entschädigung zu bezahlen, wie sie nach den Ausführungen gewisser Mitarbeiter von den Alliierten verlangt würde.

Deutschland könne nur in den Völkerbund aufgenommen werden, nachdem es einige Jahre für das Unheil das es angerichtet habe, Sühne geleistet habe. Der selbste Koffer, der persönlich für den Krieg und die begangenen Grausamkeiten verantwortlich ist, muß vor einem Gerichtssaal gestellt werden.

Von der Waffenstillstandskommission.

WTB. Berlin, 22. Jan. Die während der Trierer Verhandlungen unterbrochener Vollzugungen der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa sind jetzt nach Abschluß des neuen Waffenstillstandsvertrages wieder aufgenommen worden. Es können der Öffentlichkeit daher wieder eingehendere Meldungen übermittleit werden. Dem Bericht über die Sitzung vom 20. Januar ist folgendes zu entnehmen:

Das Studium der deutschen Kommission um seinen Brief, Telegramme und Telefonverträge im besetzten rheinischen Gebiet wird mit der Begründung abgelehnt, diese Frage betreffe ausschließlich die Sicherheit der Besatzungstruppen.

Der Vorsitzende der französischen Kommission erhebt Klage darüber, daß die Belieferung der elsaß-lothringischen Industrie mit deutschem Holz nicht in dem das Luxemburger Abkommen festgelegten Umfang erfolge. Die Deutsche Waffenstillstandskommission stellt hierzu ist, daß in holländischer Kohlen- und Holzgebieten Deutschlands völlige Desorganisation herrsche.

Der deutsche Kommission sind zahlreiche Nachrichten über eine ungewöhnliche harte Behandlung des Feldmarschalls von Maastricht zugegangen. Der deutsche Vorsitzende erklärte, er könne nicht annehmen, daß eine derartige Behandlung des tapferen Heerführers, welcher nicht als Kriegsgefangener in die Hände der Franzosen fiel, den Absichten der alliierten Oberkommandos entspreche und bat um baldige Aufklärung.

Der Vorwurf der Alliierten, die deutsche Waffenstillstandskommission erhebe zahlreiche unbegründete Beschwerden, wird deutschseits mit einer Protestnote entschieden zurückgewiesen. Es sei die Pflicht der deutschen Vertreter, alle Fälle vorzubringen, in denen deutsche Interessen und deutsche Personen widerrechtlich behandelt würden. So müsse festgehalten werden, daß zahlreiche, vorläufiger Zeit vorgebrachte Beschwerden bis heute noch nicht beantwortet seien, z. B. eine Note über Zulieferfälle in Schlettstadt und Straßburg. Eine solche Behandlung offizieller Noten entspreche nicht dem internationalen Brauch.

Aus den besetzten deutschen Gebieten

o Straßburg, 23. Jan. (Privattelegr., indir.) In Straßburg ist seit Einzug der Franzosen das ehemalige „Journal d'Alsace-Lorraine“ wieder erschienen, das sich seit Januar die neue Bezeichnung von „Journal d'Alsace et Lorraine“ beilegte, wobei zur Erklärung dargelegt wurde, daß man den von den Völkern geschaffenen Begriff „Elsaß-Lothringen“ nicht anerkenne und dafür „Elsaß“ und „Lothringen“ als die zwei alten, von einander getrennten französischen Provinzen zu fagen habe.

Zur Ausweisung Deutscher aus Elsaß-Lothringen.

WTB. Berlin, 22. Jan. Auf zahlreiche Anfragen bezüglich der Rückgabe des Mobiliars der Beamten aus Elsaß-Lothringen wird in Ergänzung der Mitteilung vom 20. Dezember 1918 bekanntgegeben, daß nach einer Erklärung des Marschalls Koch die Rückgabe des Mobiliars der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen oder gestrichelten reichsständischen Beamten erst dann erfolgen kann, wenn der normale Verkehr mit dem rechten

Rheinufer wieder hergestellt ist und zwar nach Maßgabe der dann zur Verfügung stehenden Transportmittel.

Der Umschwung in Elßah-Verträgen.

o Straßburg, 23. Jan. (Privattelegr., indr.) Wie wir erfahren, herrscht unter der elßahischen Bevölkerung und namentlich der Arbeiterbevölkerung Erbitterung wegen den hohen Lebensmittelpreisen im Elßah. Allgemein klagt man darüber, daß es jetzt zu essen gebe, aber dafür kein Geld, um zu kaufen, während dies früher umgekehrt war.

München, 22. Jan. Von Ausschuh der elßah-Vertragsparteien geht uns folgende Darstellung über die Verhältnisse in Elßah-Verträgen zu:

Was wir schon lange vorausgesehen haben, ist eingetreten. Wir erhalten aus Wülshausen im Elßah, der Hochburg des Franzosentums folgenden Bericht: Am Montag bildete sich in Wülshausen ein Demonstrationzug, meistens Arbeiter, die mit schwarzen weissen roten Fahnen durch die Stadt zogen. Sie sangen „Deutschland Deutschland über alles“, die „Wacht am Rhein“ und „Ich bin ein Preuße“, gegen nach dem Rathaus zu. Wollten die Zivilisten herunterholen, kamen erschollen folgende Rufe: „Vive l'Allemagne“, „Vive la Prusse“ und „... la France!“ Das Militär mußte einschreiten und es wurde sogar geschossen.

Die Leute, die sich einbildeten, daß ihnen unter der französischen Herrschaft der Himmel voller Hühnerfüße hängen würde, sind somit jetzt sehr enttäuscht und erbittert. Die harten Maßnahmen, welche die Franzosen getroffen haben, müssen zu einer Katastrophe führen für die Arbeiter die unteren und mittleren Volksschichten wie in Frankreich erlebten. Man kann nur die französische Zeitung, um einen Einblick in das große Elend gewisser Bevölkerungsteile zu erlangen. Die Bolschewikimmung wird erweisen, daß die erdrückende Majorität hinter uns steht und daß die Autonomie in irgend einer Form eintreten wird.

München, Kammergericht 22 I. Der Ausschuh der elßah-Vertragsparteien: Graf Charles Rapp, Rene Cajar, Des, Ruth.

Zur Lage im Osten.

Faderewski sucht Anschluss bei der Entente.

o Haag, 22. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, Faderewski habe aus Warschau den Ententeregierungen die Bildung seines Kabinetts angezeigt und dabei den Wunsch ausgesprochen, der Entente als Verbündeter beizutreten. Er hoffe, daß England Polen vor allem gegen die Bolschewik unterstützen werde. — Sonntag nach sind in Warschau 150 bolschewistische Agenten verhaftet worden. (S. 3.)

Die Ukraine gegen die Bolschewiken.

WRS. West-Bitonsk, 22. Jan. Die Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiken. Die Ukraine wird sich auf die Defensive beschränken. Oberkommandierender ist Petljura. Täglich treffen galizische Truppenteile zur Verstärkung ein. Von einer Mobilisation wird vorläufig abgesehen. Schlitomir und Tschernigow befinden sich wieder in Hand der Regierungstruppen.

Aus Portugal.

Die monarchische Bewegung in Portugal.

WRS. Zug, 23. Jan. (Havas.) Der Platz Balencio de Dinho hat sich gestern früh den Monarchisten ergeben. In Porto trafen 1500 Mann Infanterie und Kanallerie ein, unter denen sich auch zahlreiche bewaffnete Bürger befanden, meistens junge Leute. Der Zug rückte unter den Klängen des Königsmarsches ein. Vor der Kaserne wurde eine Proklamation der Monarchie verlesen. Auf dem Palais des Königs wurde die blaue Flagge gehißt, die republikanische Flagge wurde öffentlich verbrannt.

Badische Chronik.

o Karlsruhe, 23. Jan. Die badischen Gemeindevahlen werden dem Vernehmen nach Anfang März stattfinden.

o Mannheim, 23. Jan. Da zu wiederholten Malen Briefe, Zeitungen und Pakete bei Schülern entdeckt wurden, die diese über die Notstände schmuggeln wollten, ist die freie Passiererelaubnis für Schüler unter 12 Jahren von der französischen Kommandobehörde zurückgezogen worden. — Ein 23jähriger Matrose fiel von einem Kahn in den Rhein und ertrank.

o Vom Schwarzwald, 23. Jan. (Privattelegr.) In den letzten Tagen ist im Schwarzwald Neuschnee bis auf 700 Meter herab gefallen. In den obersten Lagen des südlichen Gebirgsteiles liegt jetzt eine erhebliche Schneedecke, die am Felsberg und Weihen etwa 50 cm tief ist. Der Schnee ist trocken und

Theater, Kunst und Wissenschaft.

o Freiburg, 23. Jan. Wie die „Freie Pfl.“ hier in Prof. Dr. med. Wilhelm von Wölffersdorff, Privatdozent und Abteilungsleiter am anatomischen Institut in Freiburg vom 1. April 1919 an zum ersten Professor am anatomischen Institut der Universität Freiburg i. Br. berufen worden: er tritt dort anstelle von Prof. Dr. Eugen Fischer, dem als Nachfolger Herr Prof. Wiedersheim das Ordinariat sowie die Leitung des anatomischen Instituts übertragen wurde.

o Berlin, 22. Jan. Die deutschen Künstlerblätter „Kunstleben“, deren Titelblatt im 1. Heft das Bild Hans Thoma, im 2. Heft dasjenige Ernst Haeckels gebracht, beginnen ihr 3. Heft mit dem von W. Jordan wirkungsvoll gezeichneten Kopf Gerhardt Hauptmanns. Von dem weiteren Inhalt ist besonders erwähnenswert: H. Pauls: Das neue Leben. — H. Frank: Landschaft. — H. Reide: Wiegengedank. — Otto S. Eniel: Schiff am Volkwerke. — H. Briefe: Einblenden, dazu eine Reihe politischer Glossen. (Nr. 40 S. 17.)

Aus dem Karlsruher Konzertleben.

o Karlsruhe, 23. Jan. Der gestern abend vom Konzertmeister unseres Landestheaters, Josef Weisger, veranstaltete Violin-Abend war außerordentlich gut besucht und beförderte durch das vornehme und freundliche Musizieren des Konzertgebers und seiner trefflichen Begleiterin, Gräulein Mimi Hafelsberger (München) ganz erlesene Genüsse. Schon bei den ersten Taktten hörte man das wunderbare Eingespilte bei den beiden Künstlern aufeinander, das allen ihren Leistungen edle Gliederung, Fülle und starke Rundung gab. Weisger konnte sich mit Ruhe und Sicherheit gehen lassen und ganz an Klang und Ausdruck hingeben. So trat keine technische und künstlerische Reife in helles Licht, vielmehr am klarsten bisher. Allerdings war das Programm auch in dieser Hinsicht zusammengestellt. Die Kunst repräsentierte Cesar Franck mit seiner traumhaften A-Dur-Sonate voll Herrlichkeit und geistlicher Leidenschaft. Sie wurde mit beständiger Einfachheit und Reinheit zu Gehör gebracht. Das Virtuosenhafte, freilich in gesamtvollstem Rahmen, begünstigten Werke von Bruch, Lalo, Kreisler und Arut Asterer, von dem zwei pitante Tanzweisen recht ansprachen. Durch die Güte seines Tones und Vortragens, durch vornehmste Klangführung und geläuterte Auffassung hob Weisger auch diese Stücke zu besonderer und eindrucksvoller Wirkung. Man hat

polorig und für den Ski- und Schlittensport gut geeignet. Am Neidbergerhof entwickelt sich täglich ein ziemlich reges sportliches Treiben; aus Freiburg und Umgebung treffen vielfach Schneeschuhläufer ein. Die Skibahn ist bis ins Hölental hinab fahrbar; beim Titisee liegen noch 15—20 cm Schnee. Auch aus dem nördlichen Schwarzwald wird der Eintritt winterlicher Witterung gemeldet. Vom Hundsee werden 15, von der Hornisgrünbe 20—25 cm guter Neuschnee gemeldet. In oberen Berglagen ist die Skibahn fahrbar.

Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

o Karlsruhe, 23. Jan. Ueber die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen kann folgendes gemeldet werden:

Im Anschluß an den Schriftwechsel kündigte der deutsche Vorsitzende der Kommission für Kriegsgefangene in Spaa, Major Rapp, an, daß umgehende Vorarbeiten für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Seeresleitung der Alliierten leitete das Gespräch ab und erklärte, daß Marschall Foch nur die Weitergabe und Bestätigung der deutschen Bitte um möglichst rasche Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zugesagt habe. Die Entscheidung liege noch bei den alliierten Regierungen. Die Antwort der Regierung stehe noch aus und niemand wisse, wie sie ausfallen werde. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Berücksichtigung einzelner Kategorien der Kriegsgefangenen einverstanden sei, es sei aber auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Gesuchen ablehnten.

Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Untersuchungskommission zu überreichen. Auch dies wurde französischerseits abgelehnt unter dem Hinweis, daß bis zum 1. März etwa 20 000 Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort wieder alles aufzubauen, was die Deutschen demoliert hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, jedoch eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Anstellung von Lagerlisten erschwert und die Angaben dieser Lagerlisten würden in kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Aus der Landeshauptstadt.

o Karlsruhe, den 23. Januar.

o Zur Ausweisung der Demobilisierten aus der neutralen Zone sei, um Irrtümern vorzubeugen, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Maßnahme nach den neuen Bestimmungen nur Personen trifft, welche seit dem 1. Januar 1919 in der neutralen Zone zugezogen sind und vor dem 1. August 1914 dort nicht gewohnt haben und nicht unter die in der heutigen Mittagsausgabe schon erwähnten Ausnahmen fallen. Alle übrigen demobilisierten Personen, welche gegenwärtig in der neutralen Zone sich aufhalten, können vorerst in der neutralen Zone bleiben, bis eine endgültige Entscheidung der französischen Behörden eingeht.

o Die Wagenladungssperre nach und durch Bayern wird aufgehoben. Im Verkehr nach dem rechtsrheinischen Bayern besteht infolgedessen keine Verkehrsbeschränkung mehr.

o Saug der Starkstromleitungen. Der badischen Schulbehörde sind Mitteilungen zugegangen, daß in letzter Zeit elektrische Starkstromleitungen häufig beschädigt wurden, jedoch erhebliche Störungen enthielten. Die Lehrer wurden daher vom Unterrichtsministerium ersucht, die Schüler nicht nur auf das Straßbare solcher Beschädigungen nachdrücklich hinzuweisen, sondern sie auch darüber zu belehren, wie sehr vor allem die Industrie durch Störung der Starkstromleitungen Schaden erleidet.

o In der Baugewerkschule begann in letzter Woche der Unterricht für sämtliche Abteilungen. Die Kriegsteilnehmer sollen in dieser Anstalt weiter keine Vergünstigung genießen, als die Verkürzung des Semesters, welche seit dem 1. Januar 1919 in der neutralen Zone zugezogen sind und vor dem 1. August 1914 dort nicht gewohnt haben und nicht unter die in der heutigen Mittagsausgabe schon erwähnten Ausnahmen fallen. Alle übrigen demobilisierten Personen, welche gegenwärtig in der neutralen Zone sich aufhalten, können vorerst in der neutralen Zone bleiben, bis eine endgültige Entscheidung der französischen Behörden eingeht.

o Das Karneval der drei technischen Verbände (Bund technischer Beamten, Deutscher Technikerverband, Deutscher Wertmeisterverband) hielt gestern Mittagsabend im Saale des Löwenrathen eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Ingenieur Vötsch-Suttgart, Gaukommissar des Bundes der technisch-industriellen Beamten über die Sozialisierung der Betriebe und die technischen Angelegenheiten referierte. Herr Kiefer begrüßte die zahlreich besuchte Versammlung. Herr Kiefer betonte in seinen Ausführungen, wie die Sozialisierung schon lange bestanden habe auch die Allgemeinheit sich mehr mit dieser Frage beschäftigt. An die Sozialisierung könne aber nur mit Ruhe und Sicherheit herangegangen werden. Kleine und feine Betriebe könnten nicht in Betracht kommen, das würde zu weit führen. Wenn auch

es auf jeden Fall Herrn Doerndorf oder Cortolosis als Verdienst anzuerkennen, daß er diesen, trotz seiner Jugend geradezu vollenständigen Gelehrer nach Karlsruhe gezogen hat.

o Wie schon angedeutet, hat das lebendige, in zehnjähriger Haltung sitzende und ruhige Spiel Kräuslein Hafelsbergers dem Gänger breite und feste Stühle. Ihr Aufnahmevermögen ist geradezu bewundernswürdig und mit Recht dürfte sie am hüftmässigen Dank teilnehmen, der ihr und Herrn Weisger dargebracht wurde.

Vermischtes.

o Berlin, 23. Jan. Beim Neujahr für die Mustermesse in Leipzig geht man, laut „Voll. Ztg.“, mit der Arbeit um, die diesjährige Frühjahrsmesse, die für die Zeit vom 2. bis 8. März angelegt war, bis Ende April zu verschieben.

o Hamburg, 22. Jan. Der Wirkliche Admiralitätsrat von Capelle, bisher vortragender Rat beim Reichsmarineamt, hat an Stelle des in den Ruhestand getretenen Konteradmirals a. D. Behm die Geschäfte des Direktors der deutschen Seewarte in Hamburg übernommen. (S. 3.)

o St. Rotterdam, 23. Jan. (Privattelegr.) Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Auf Vorschlag Wilsons ist eine Kommission gebildet worden, die in der nächsten Woche die deutschen Großstädte besuchen wird. Die bisherigen Feststellungen der Alliierten haben kein einheitliches Bild der von Deutschland benötigten Lebensmittel gegeben.

o WRS. Paris, 22. Jan. Dem „Petit Parisien“ wird aus Nancy gemeldet, daß zwischen Neuschnee und Loul ein Personens- und ein Güterzug zusammenstießen. Nach den ersten Berichten zählt man 20 Tote und Verwundete.

Weimars Fernsprech-Verbindungen.

o D. Berlin, 23. Jan. (Privattelegr.) Wie wir erfahren sind nach Weimar mehrere Waggons mit Kupferdraht zum Bau von Fernsprechanlagen sowie 10 Kolonnen Arbeiter abgegangen. Es wird

der Kleinbetrieb schon seit längerer Zeit in dem Großbetrieb aufgebe, so habe die Allgemeinheit aber kein Interesse, daß durch Aufgehen der kleinen Betriebe das Kapital daraus gewinne. Bei dem Kleinhandel ist daselbe der Fall; hier habe man ja heute schon durch den Zusammenbruch der Genossenschaften eine gewisse Vergeßlichkeit. Auch hier habe man kein Interesse, daß die großen Warenhäuser vermehrt werden. Auch der kleine und mittlere Bauernstand sei nicht für die Sozialisierung geeignet; auch bei der Fertigindustrie sei Vorsicht geboten. Eine einfache Verstaatlichung lasse sich auch bei den Monopolsbetrieben durchführen, ferner bei dem Großgrundbesitz und bei den sogenannten Gutsbesitzern. Anstelle des Großgrundbesitzes müßte die Kleinbauernwirtschaft treten; doch müßte hier, um Spekulationen entgegenzutreten, der Staat Eigentümer des Grund und Bodens bleiben. Die elektrischen Bahnen, die Staatsbahnen, die Arbeiterzentralen usw. seien gute Objekte zur Sozialisierung; ferner die verschiedenen Versicherungen, die Hypothekendarlehen, der Tabakhandel, der Petroleumhandel, das Spiritusmonopol, ein Tabakmonopol. Einen größten Raum widmete Referent der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, den Kali- und Eisenwerken. Gerade die Kohlenbergwerke hätten schon lange eine Monopolstellung durch das Syndikat inne. Interessante Ausführungen machte Redner über die Kohlenbergwerke und belegte seine Ausführungen mit Zahlen, aus welchen hervorzog, welche gewaltige Summen den Aktionären in den Schöf fielen. Wenn der Staat zu teuer produziere, so liege dies daran, daß die Werke zu teuer gekauft wurden. Im weiteren behandelte Redner die Forderungen der Angestellten, bei der Verstaatlichung der Betriebe. In den sozialisierten Betrieben müßte ein sozialer Geist herrschen, so daß die Organisationen müssen in jeder Weise anerkannt werden. Die Frage der Verstaatlichung muß genau geprüft werden. Es muß mit Ruhe und Sicherheit an sie herangegangen werden. Reicher Beifall wurde dem Referenten für seine von den Angestellten freien Ausprüche beigemessen, die Herr Professor Summel, Merges und Kaufmann. Es wurde sodann folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 22. Januar im Löwenrathen zahlreich verammelten technischen Angestellten fordern von der Regierung, daß sie bei der Sozialisierung der Betriebe gehört werden. Als Bedingung müssen sie fordern, daß bei der Sozialisierung der Betriebe der Anstellungsfreiheit und volle Koalitionsfreiheit, politische Bewegungsfreiheit und volle Konkurrenzfreiheit, Geheimabkommen und schwarze Listen kein Raum für Konkurrenzklauen, Geheimabkommen und schwarze Listen kein Raum für Konkurrenzklauen, Geheimabkommen und einen Appell zum Zusammenbruch der Angestellten schloß der Vorsitzende mit Dankesworten die Versammlung.

o Der Kriegsteilnehmer-Interessensverband beruft alle Kriegsteilnehmer auf Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in den großen Saal des Friedrichsplatzes zu einer großen Massenversammlung ein. In derselben soll ein Zusammenbruch der Kriegsteilnehmer aller Berufswege zum Zwecke der Wahrung gemeinsamer Interessen erfolgen. (Näheres siehe Interakt.)

o Kirchen-Konzert. Am kommenden Sonntag, den 26. ds., nachmittags 4 Uhr, wird der Verein für evang. Kirchenmusik an Stelle des im November v. Js. ausgefallenen Buktoskonzerts in der evang. Stadtkirche unter Leitung von Musikdirektor Max Thiede ein Konzert geben, bei dem als Solotänzer mitwirken werden: Frau Lina Dietrich (Soprano), Herr Opernsänger Franz Schwedde (Tenor), Herr Wilm Eder (Bass) und Herr Karl Rindfleisch (Orgel). SS Ueberziehen. Gestern mittag 12 Uhr wurde an der Kreuzung der Kriegs- und Ruppertsstraße ein 10jähriger Knabe von einem Fuhrwerk überfahren. Erhebliche Verletzungen scheint er sich dabei glücklicherweise nicht zugezogen zu haben.

o Im Takt. Ein lebiger Schriftsteller von hier wurde gestern nach 11 Uhr in fast betrunkenem Zustande auf der Kaiserstraße liegen aufgefunden und auf die Polizeiwache in der Karl-Friedrichstraße gebracht, wo er bis zu seiner Ernüchterung im Notarrest untergebracht wurde.

Die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung.

o Karlsruhe, 23. Jan. Von der Handelskammer Karlsruhe wird uns mitgeteilt: 8 7 der Verordnung vom 15. Januar 1918, die Erprobung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln betreffend, regelt näher die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung an Arbeiter in gewissen Fällen. Demnach erhalten Arbeiter, die infolge der behördlichen Verkürzung der Arbeitszeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen und deren Lohn infolgedessen vermindert wird, Erwerbslosenunterstützung im Umfang des § 9 Absatz 2 der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung über Erwerbsloßenunterstützung vom 13. November 1918 in der Fassung der Verordnung vom 21. Dezember 1918. In einem Ministerialerlaß auf dieser Verordnung wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt, die Auszahlung der Unterstützung in dem hier in Betracht kommenden Umfang den Erwerbsloßenunterstützern zu übertragen, wie dies bereits beim Vollzuge der Ziffern 3 und 4 der Verordnung der vorläufigen Vollzugsordnung vom 23. Dezember 1918, die vorübergehende Stilllegung von Betrieben der Metall- und chemischen Industrie betreffend, geschehen ist. Bei einer Besprechung am 11. Januar 1919 im Ministerium für soziale Fürsorge wurde diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt. Die Betriebsunternehmer haben alsdann den Ertrag der ausgesetzten Unterstützungsbeträge bei der Gemeinde des Betriebes anzufordern. Es sind dazu besondere Nachweise erforderlich, die enthalten müssen: die Namen der feiernden Arbeiter, den Betrag des regelmäßigen Gesamtverdienstes, die geleistete Entschädigung für 7 Tage, die Summe der Zahlung, die Berechnung des zu erstattenden Betrags, die Bestätigung des Arbeitgebers, daß die aufgeführten Beträge bezahlt worden sind.

o eine direkte Leitung Berlin-Weimar eingerichtet. Die Verbindungen müssen über Jena-Erfurt-Weizsig und Apolda geleitet werden. Im ganzen kann man bestenfalls mit 16 indirekten Leitungen nach Berlin rechnen. Auch die Leitungen nach dem Süden und nach anderen Teilen des Reiches von Weimar aus sollen neu werden. Schon jetzt kann man sagen, daß der Postendienst aus Weimar ungleichmäßig größere Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, als der aus dem Reichstag.

Zum Untergang der „Chacnia“.

o WRS. Marseille, 23. Jan. Die ersten Ueberlebenden der „Chacnia“ sind am Dienstag nachmittag, aus Messina kommend, hier eingetroffen. Die Explosionskatastrophe auf dem Dampfer fand in der Nacht vom 15. zum 16. Januar um 12 1/2 Uhr statt. Die Explosion war furchterlich. Das Schiff verschwand bald unter den Schreckensrufen der Passagiere. Es hatte die Zeit gefehlt, die Rettungsboote in das Meer zu lassen. Infolge der raschen Hilfeleistung des englischen Dampfers „Cagheston“ konnten viele Passagiere gerettet werden.

Die Lohnbewegung in Spanien.

o WRS. Madrid, 2. Jan. Agence Haas. Eine Arbeiterdelegation legte dem Ministerpräsidenten die Forderungen der Arbeiter vor. Die Delegation verlangte die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: Achtstündiger Arbeitstag, Mindestlohn entsprechend der Lebenshaltung, Abschaffung der Arbeitslosigkeit, Abtreibung der Ausbeutung des zu bearbeitenden Bodens an den Staat oder die Gemeinden.

Zur Ausweisung der Deutschen aus England.

o WRS. London, 22. Jan. Seit dem 1. Januar haben 3330 inländische feindliche Zivilpersonen England verlassen, um in die Heimat zurückzubefördert zu werden. 1600 Personen haben London und Hull am 11. Jan. verlassen, 980 weitere verließen Hull am 16. und 17. Januar um nach Deutschland zurückzukehren.

